

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86848 pabr d



Inhalt

Ulrich Lang MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, analysiert die Funktion der "Wende": Weichen für eine andere Republik. Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit einer Stellungnahme des Zentralkomitees deutscher Katholiken zur Abrüstung auseinander: Dem ungeborenen Leben nicht geholfen. Seite 3

Fritz Sänger würdigt Leben und Arbeit von Axel Eggebrecht, der am Dienstag 85 wird: Ein Charakter im reißenden Strom. Seite 5

Dokumentation
Rede des SPD-MdB Michael Catenhusen auf einer Solidaritätskonferenz für Nicaragua: Ein Beitrag zur Selbstbestimmung der Völker. Seite 7

39. Jahrgang / 6

9. Januar 1984

Weichen für eine andere Republik

Die "Wende" begünstigt die Starken und führt zur Ellenbogengesellschaft

Von Ulrich Lang MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

Zu Beginn des seit langem mit literarischen Zukunftsvisionen bedachten Jahres 1984 sieht die Bestandsaufnahme im Zeichen zunehmender sozialer Ungerechtigkeit, Sorgen um Ausbildung und Arbeitsplätze und einer vielfach gefährdeten, rüstungstarreren Umwelt nicht gut aus.

Sollte man nun allein auf das Prinzip Hoffnung setzen? Wir Sozialdemokraten haben die Hoffnung ausgestattet mit präzisen Zielsetzungen. Unsere sachpolitische und personelle Alternative für unser Land und Baden-Württemberg, die wir nach der anstehenden Landtagswahl umsetzen wollen, steht, unsere darüber hinausweisenden Zukunftsperspektiven liegen auf dem Tisch. Insofern geht die SPD gut vorbereitet und mit Zuversicht ins neue Jahr, das die Bürger im Südwesten in ihren Gemeinden, im Land und mit Blickpunkt Europa vor eine ganze Reihe von Wahlentscheidungen stellen wird und das die Politik und deren Handelnde in besonderem Maß in der Verantwortung sieht.

Blickt man, nicht im Zorn, sondern nüchtern wägend - zurück, so sind die Erwartungen der Bürger in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg alles in allem doch sehr enttäuscht worden. Es herrscht Massen- und Dauerarbeitslosigkeit. Es muß alarmieren, wenn auch in Baden-Württemberg, das gewachsene günstige Strukturen vorzuweisen hat, die Arbeitslosenquote in diesem Jahr auf über sechs Prozent angestiegen ist. Hinter der Prozentzahl stehen schmerzliche menschliche Schicksale, Betroffenheiten von Familien, die wir mehr und mehr in unserer unmittelbaren Nachbarschaft erleben. Diese wachsende Arbeitslosigkeit ist die teuerste und zudem unsolidarische, unsoziale Arbeitszeitverkürzung, die sich diese Gesellschaft leistet.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Drucküberwacht
mit wertvollen Rohstoffen
Recyclingpapier



Es gehört zu den Enttäuschungen der jüngsten Zeit, daß viele, die über produktives Vermögen verfügen, heute lieber ihr Geld statt Menschen arbeiten lassen. Diese Entwicklung wird zum Skandal und zur Schande für eine demokratische Gesellschaft, die von der Verfassung her der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist, wenn sie in Erscheinungen wie der Flick-Affäre mündet.

Das letzte Jahr hat vielen fleißigen Arbeitnehmern und ihren Familien erhebliche Einkommensverluste gebracht. Zugleich sind Abgaben gestiegen, Gebühren für Kindergärten, soziale Einrichtungen, für Leistungen im Bildungsbereich sind angehoben, die Mieten vielfach stark erhöht, wichtige familienpolitische Zuwendungen gekürzt oder gestrichen worden. Was die konservative Wendepolitik vielen weggenommen hat, wurde wenigen Großbetrieben zugeschanzt, sieht man beispielsweise die Erleichterungen bei der Vermögensteuer für Großkapital.

Damit sind die sozialen Risse in unserer Gesellschaft in einer für viele nicht mehr erträglichen Weise vertieft und vergrößert worden. Es wird ein schwerer und möglicherweise länger Weg sein, diese schmerzlichen Risse zu heilen und zu einer wirklichen Solidargemeinschaft zu kommen.

Was unsere gefährdete Umwelt angeht, so muß leider festgestellt werden, daß wir bei der Lösung hausgemachter Umweltprobleme kaum weitergekommen sind, obwohl Fehler und Ursachen weitgehend erkannt wurden.

Die Regierungen in Bonn und Stuttgart sind in einer Politik der Ankündigung und der halberzigen Lösungen stecken geblieben. Der Wald stirbt weiter. Das Grundwasser ist erheblichen Gefährdungen ausgesetzt, unsere Lebensmittel sind immer stärker chemisiert, der Landverbrauch hat gerade bei uns hier in Baden-Württemberg ständig zugenommen.

Genährt von einem autoritären Staatsverständnis haben die Regierungen in Bonn und Stuttgart mit ihrer Sucht nach Reglementierung und Kontrolle bürgerliche Freiheiten eingeengt. Das Klima geistiger Toleranz, das die Bundesrepublik Deutschland lange Jahre ausgezeichnet hat, ist beschädigt. In Baden-Württemberg hat die Landesregierung im Datenschutz, bei der Beschneidung des Demonstrationsrechts, im behördlichen Umgang mit Ausländern, in der Kontrolle seiner Bürger, in der Gängelung der Lehrer und Schüler weiter liberales Gut abgebaut.

Unter dem Leitwort der Wende haben 1983 die Konservativen angesetzt, Weichen für eine andere Republik zu stellen. Ihre politischen Entscheidungen begünstigen die Stärkeren. Die Ideologie der Stärke züchtet in unserer Gesellschaft letztlich den rücksichtslosen Einzelkämpfer. Die Ellenbogengesellschaft, die hier gewollt wird, entspricht meiner Auffassung nach nicht dem Geist unserer Verfassung.

Die Ergebnisse des Jahres 1983 lassen es auch mehr und mehr fragwürdig erscheinen, ob mit dieser Ideologie die gegenwärtigen Probleme wie auch die zukünftigen Herausforderungen zu lösen sind. Die Bundesrepublik Deutschland und auch Baden-Württemberg sind am besten immer in Zeiten der solidarischen Zusammenarbeit, der sozialen Ausrichtung und der liberaler Offenheit gefahren. (-/9.1.1984/ks/rs)

+ + +



Das ZdK und die Abtreibung

Dem Schutz ungeborenen Lebens kann nur mit sauberen Methoden gedient werden

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die jetzt im Druck vorliegende Stellungnahme der Vollversammlung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken zur Abtreibung läßt wichtige christliche Grundsätze außer Acht.

Sie verfehlt überdies das, wofür sie sich einsetzen will, nämlich einen verbesserten Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens.

1. Das Zentralkomitee fordert die Beseitigung der Kostenerstattung für nicht medizinisch indizierte Schwangerschaftsabbrüche. Die Frauen, die die Kosten eines legalen Schwangerschaftsabbruchs durch einen Arzt nicht selbst aufbringen können, sollen nach den Vorstellungen des Zentralkomitees also in die gefährlichen Hände von Kurfuschern und Engelmachern zurückgetrieben und überdies auch wieder in die Illegalität hineingestoßen werden. Das ist nicht in Übereinstimmung zu bringen mit dem christlichen Gebot der Barmherzigkeit. Ein wirksamer Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens wird damit nicht erreicht. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß auf diese Weise die Zahl der Abtreibungen nicht herabgesetzt werden kann. Stattdessen werden aber Leben und Gesundheit der Schwangeren durch Abtreibung von Nicht-ärzten und Abtreibung unter nicht optimalen Bedingungen zusätzlich gefährdet.
2. Auch mit dem christlichen Gebot der Wahrhaftigkeit nimmt es das Zentralkomitee nicht so genau, wie das von ihm erwartet werden kann. Einmal wird behauptet, die geltende Abtreibungsregelung habe eine gefährliche Langzeitwirkung für das Rechtsbewußtsein der Bürger und für die Lebenssituation und das Verhalten der Betroffenen und ihrer Angehörigen, und das trete immer deutlicher zu Tage. Für diese angeblichen gefährlichen Langzeitwirkungen gibt es bisher nicht den geringsten Beleg. Durch nichts ist wissenschaftlich bewiesen, daß diese angebliche Langzeitwirkung schon jetzt deutlich zu Tage tritt.

Auch für die Behauptung, die Gesamtzahl der Schwangerschaftsabbrüche sei erheblich höher als gemeldet, bleibt das Zentralkomitee den Beweis schuldig und kann ihn auch nicht erbringen, weil keine Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, daß es nach wie vor eine große Dunkelziffer gibt.

Das Zentralkomitee will glauben machen, daß Schwangere aufgrund der gesetzlichen Neuregelung durch Ehemänner, Freunde, Eltern und so weiter "zunehmend" unter Druck gesetzt werden, und infolgedessen einen Schwangerschaftsabbruch gegen ihren Willen vornehmen lassen.

3. Betrüblich ist ferner, daß das Zentralkomitee dem Verbot zuwiderhandelt, kein falsches Zeugnis zu geben wider deinen Nächsten. Das Zentralkomitee behauptet in seiner Stellungnahme mehrfach, es gebe einen weitverbreiteten Mißbrauch der allgemeinen Notlagenindikation und fordert, der skandalösen Praxis der soge-



nannten Notlagenindikation müsse ein Ende gesetzt werden. Das Zentralkomitee weist darauf hin, daß Dreiviertel aller Schwangerschaftsabbrüche auf die Notlagenindikation gestützt werden. Es ist aber nicht gerechtfertigt, die Behauptung eines weitverbreiteten Mißbrauchs allein auf diese Zahlen zu stützen. Eine Behauptung, die nicht nur gegen schwangere Frauen, sondern auch gegen Ärzte vorgebracht wird, die das Vorliegen einer Notlagenindikation festgestellt haben. Es kann nicht gebilligt werden, daß Frauen und Ärzte ohne zureichende wissenschaftliche abgesicherte tatsächliche Feststellungen in solcher Weise pauschal beschuldigt werden.

4. Hierdurch und durch weitere Ausführungen bringt sich das Zentralkomitee selbst in den Verdacht der Unduldsamkeit, eine Untugend, die von Christen in der Gesellschaft zwar leider sehr häufig praktiziert worden ist, die aber gleichwohl christlicher Lehre widerspricht. Das Zentralkomitee verlangt bei der Schwangerschaftsberatung nicht nur das, was im Gesetz steht, nämlich eine Beratung über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für schwangere Mütter und Kinder, insbesondere über solche, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern, sondern über das Gesetz hinaus auch eine breite und intensive Information der Öffentlichkeit über die Bedeutung der Notlagenindikation, den gesetzlichen Auftrag der Beratungsstellen sowie über die allgemeine ethische, rechtliche und medizinische Problematik der Abtreibungspraxis. Das Zentralkomitee fordert geeignete Schritte der verantwortlichen Behörden um sicherzustellen, daß Ärzte, die eine Indikation stellen und Träger der Schwangerschaftsberatung bestimmte Grundsätze genau beachten, bezeichnenderweise nicht solche Grundsätze, die sich aus der gesetzlichen Regelung über die Abtreibung ergeben.

Bezeichnend ist auch, daß das Zentralkomitee als Mißbrauch der gesetzlichen Regelung eine Interpretation der Notlagenindikation bezeichnet, die nicht an einer "enggefaßten medizinischen Indikation" gemessen wird. Die Diktion und der Zusammenhang dieser Äußerungen sind geeignet den Eindruck zu wecken, als solle bei der Auslegung und Anwendung der Abtreibungsvorschriften das Gewissen der einzelnen Ärzte und Berater durch die Auffassung des Zentralkomitees ersetzt werden und als würden die "verantwortlichen Behörden" aufgefordert, gegen solche Ärzte und Berater vorzugehen, die nicht bereit sind, sich dieser Auffassung des Zentralkomitees zu unterwerfen.

Zum Abschluß, damit kein Raum für Mißverständnisse und Mißdeutungen bleibt: Die Zahl der Abtreibungen ist in der Tat besorgniserregend, und es muß geprüft werden, wie sie herabgesetzt werden kann. Wenn das Zentralkomitee dazu sachliche Überlegungen angestellt hätte, verdiente es keine Kritik. Kritisiert werden muß, daß das Zentralkomitee sich bei seinem Kampf gegen die Abtreibung zweifelhafter Methoden bedient. Dem Schutz ungeborenen Lebens kann nur mit sauberen Mitteln und Methoden gedient werden.

(-/9.1.1984/ks/rs)

+ + +



Ein Charakter im reißenden Strom der Zeit

Axel Eggebrecht zum 85. Geburtstag

Von Fritz Sänger

Würde man nur dem Lebenslauf von Axel Eggebrecht folgen, ihn lesen oder erzählen - er ist interessant, ungewöhnlich und farbig. Die Generation, die um die Jahrhundertwende, noch im Kaiserreich, geboren wurde, die dann zwei Weltkriege Überstand, Macht und Herrlichkeit des Kaisers, der Könige und Fürsten in Deutschland versinken sah, den Versuch einer demokratischen Verfassung der Deutschen erlebte, den Verrat an Menschlichkeit, Sitte und Kultur als ein Deutschland über alles zu exerzieren oder doch zu ertragen hatte - diese Generation hat mehr erlebt, erfahren, ertragen und überwinden müssen als viele andere vor ihr und die ihr folgten. Sie konnte freilich einen Vorteil aus diesem Schicksal ziehen: Sie hat vieles gelernt, was andere nur zu verstehen hatten, lernte es wortwörtlich am eigenen Leibe, in den Zweifeln und der Verzweiflung des wirklichen Geschehens. Und sie kann verwenden, was sie zu lernen verstanden hat, seit sie aus den Trümmern einer Nation ein anderes Deutschland als es je zuvor bestanden hat, zu errichten bemüht ist.

Eggebrechts Lebensweg war ungewöhnlich - sensationell war er bisher nicht, denn was immer er tat, es geschah aus dem Tag heraus und für alle. Aber man muß den Menschen kennen, um über ihn etwas aussagen zu können. Man kann ihn kennen, denn ungezählte Mitmenschen sehen und hören ihn in Vorträgen, im Hörfunk, im Fernsehen, lesen seine Bücher, seine Glossen, die Broschüren, die Zeitungsartikel, hören die Sendungen, sehen die Hörspiele, erregen sich wohl - zustimmend oder protestierend - über die Kommentare zu Tagesereignissen oder zu der schwankenden, vorwärts drängenden und wieder zuruckgeschraubten Entwicklung der politischen Wirklichkeit.

Sie entsprach kaum je dem Bilde, das Axel Eggebrecht sich von einer neuen, besseren Zeit gemacht hat, als er nach dem Zweiten Weltkrieg als einer der ersten effektiven geistigen und politischen Planer im Nord-Westdeutschen Rundfunk von Hamburg her zu sprechen und aktuell zu wirken begann.

Wer sich erinnert, hat da einen eigenen, besonderen Zeitgenossen vor sich, einen der wenigen, die Engagement zeigen, Temperament freigeben, Mut bekennen, die beharr-



lich durch die Jahrzehnte in den turbulenten Zeiten nach dem Kriege ihren, einen geraden Weg gegangen sind. Eggebrecht hat bisher in jeder Situation, zu der er sich aus unmittelbarer Anteilnahme äußerte oder in der er zu einer Stellungnahme aufgerufen wurde, mit eigener Analyse der Stunde und des Tages und mit eigenem Urteil seinen, nur seinen eigenen Beitrag geleistet. Sein Wort war und ist das eines unabhängigen Menschen, der sich der Freiheit und der Verantwortung bewußt ist.

Mit dem vorletzten Jahrgang, der im Ersten Weltkrieg noch eingezogen und in die Rückzugsschlachten eines schon verlorenen Krieges geschickt wurde, verließ er die Schulbank und kehrte mit schwerer Verwundung heim. Er studierte (Germanistik, Philosophie). Dann reiste er. Was er in der kaum wirklich befriedeten Welt erlebte, bildete diesen Charakter in dem noch lange reißenden Sturm der Zeit.

Eggebrecht verwendete, was er erfahren hatte. Sein Denken galt und gilt der Idee des Miteinander, der gemeinsamen Arbeit der Völker, ihrer Verbundenheit und der Verpflichtung der Menschen, sich die Güter dieser Welt, die materiellen und die geistigen zu erhalten und zu vermehren und sie miteinander auszutauschen.

Daß ein solcher Mensch in den Jahren, in denen das nationale Verbrechen in Deutschland regierte, ins Gefängnis und Konzentrationslager gebracht wurde und ein Berufsverbot als Schriftsteller erhielt, war selbstverständlich und ehrenvoll. Daß dieser Mann im wieder freien, vermeintlich dem Humanismus verschriebenen Deutschland dann meinte, das verantwortungsbewußt genutzte freie Wort in Sprache und Schrift unzweideutig kämpferisch einsetzen zu können und zu sollen - es ehrt ihn abermals.

Diese Anerkennungen und "Ehrungen ohne Metall und Schleifen" (Gustav Heinemann über Eggebrecht) nimmt Axel Eggebrecht nun wohl zur Kenntnis. Er legt sie zur Seite und macht weiter.

Wir danken ihm und möchten, daß er es noch lange Zeit so halten und darin Vorbild bleiben kann.

(-/9.1.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolf-Michael Catenhusen machte auf der Europäischen Solidaritätskonferenz mit Nicaragua, den Völkern Zentralamerikas und für den Frieden, die kurz vor Weihnachten in Paris stattfand, folgende Ausführungen.

Die Hilfe für Nicaragua ist ein Beitrag zur Selbstbestimmung aller Völker

Willy Brandt, Vorsitzender der SPD und der Sozialistischen Internationale, hat vor wenigen Wochen die Intervention der Vereinigten Staaten in Grenada als einen völkerrechtswidrigen Akt amerikanischer Außenpolitik verurteilt. Die Solidarität der SPD gilt in diesen Monaten der sandinistischen Regierung Nicaraguas. Eine Gruppe sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter hat sich in diesen Tagen zusammengefunden, um in einem gemeinsamen Brief an die Mitglieder des amerikanischen Kongresses die völkerrechtswidrige Politik der Reagan-Administration zu verurteilen. Diese Regierung will durch Wirtschaftssanktionen durch Geheimdienstoperationen, durch Finanzierung der menschenverachtenden Somozisten und Drohung mit bewaffneter Intervention die Sandinistische Revolution zerschlagen.

Mehr als 50 Jahre haben die USA ein kleines Volk daran gehindert, unabhängig zu werden und zu sozialem Fortschritt, zur Verwirklichung sozialer und politischer Rechte zu kommen. Dies ist eine historische Tatsache, kein Ausdruck von Anti-Amerikanismus. Die Regierung der Sandinistischen Revolution hat sich nicht bezweifelbare Verdienste um das Volk von Nicaragua erworben, etwa in der gesundheitlichen Versorgung und bei der Bekämpfung des Analphabetismus. Es gibt für mich keinen Anlaß, zu zweifeln, daß diese Regierung Ausdruck des politischen Willens der Bevölkerung von Nicaragua ist. Die Sandinisten haben gerade erst Wahlen für Anfang 1985 angesetzt, trotz der ständigen Angriffe auf das Territorium von Nicaragua. Die UN-Menschenrechtskommission hat dargelegt, daß die Regierung von Nicaragua die Menschenrechte wie kaum ein anderes Land in Latein-Amerika beachtet.

Die Sozialdemokratische Partei hat vor wenigen Wochen die Stationierung neuer amerikanischer Raketen auf dem Boden unseres Landes abgelehnt. Diese Ablehnung erfolgte auch aus der Sorge, daß die strategischen Planungen der Reagan-Regierung die Gefahr bewaffneter Konflikte erhöhen werden, im Libanon ebenso wie im Nahen Osten, aber auch in Latein-Amerika. Ronald Reagan kann offensichtlich selbst den Sturz des Diktators Somoza durch das Volk in Nicaragua nur als Werk einer kommunistischen Weltverschwörung ansehen. Der Kampf gegen die rechtmäßige Regierung Nicaraguas ist für ihn Teil des Kreuzzuges der Guten gegen das Böse. An diesem Kreuzzug werden sich die Sozialdemokraten nicht beteiligen, denn er schafft nicht mehr Sicherheit, mehr Freiheit, sondern erhöht die Kriegsgefahr.



Ich freue mich als deutscher Sozialdemokrat sehr, an dieser Stelle gemeinsam mit Vertretern der demokratischen Öffentlichkeit anderer Länder Westeuropas den festen Willen bekunden zu können, daß wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, daß das Volk Nicaraguas seinen Wunsch nach Selbstbestimmung, sozialen Veränderungen, nach Bodenreform, nach Bildung für alle, nach Einhaltung der Menschenrechte, nach Abrüstung und nach Ausübung demokratischer Rechte erfüllen kann. Dies muß für uns auch dann gelten, wenn eine Regierung der Vereinigten Staaten diese Region zum Hinterhof erklärt. Dies gilt auch dann, wenn Präsident Reagan die Prinzipien der demokratischen Verfassung der Vereinigten Staaten, auf die das amerikanische Volk stolz sein kann, in seiner Außenpolitik verletzt. Es gibt in der Bundesrepublik eine breite, unabhängige, auch von kirchlichen Gruppen, Gewerkschaften und Parteien getragene Solidaritätsbewegung mit Nicaragua:

- Jungsozialisten helfen mit, beim Bau einer Fabrik, durch die Straßen gebaut werden sollen.
- Die DGB-Jugend hat Material und Werkzeug in den Betrieben zum Aufbau einer Lehrwerkstatt gesammelt.
- Die Lehrgewerkschaft hilft beim Aufbau des Erziehungswesens.
- Die SPD-Fraktion im Bundestag hat eine deutliche Erhöhung der Entwicklungshilfe im Deutschen Bundestag beantragt.
- Sie hat im Deutschen Bundestag die USA aufgefordert, auf der Grundlage der Vorschläge der CONTADORA und Nicaraguas zu verhandeln.
- Mitglieder und Abgeordnete der SPD werden sich an den von der Solidaritätsbewegung vorgeschlagenen Arbeitsbrigaden beteiligen. Sie werden durch Besuche in Nicaragua ihre Solidarität mit dem Volk von Nicaragua und ihre Kritik an den Interventionsplänen der amerikanischen Regierung zeigen.

Ich sehe es als wichtigste Aufgabe an, daß dieser Kongreß die vielen Politiker, Künstler, Intellektuellen in den Vereinigten Staaten unterstützt, die selbst wissen: Ein zweites Vietnam wird der Außenpolitik der Vereinigten Staaten nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen.

Wir wissen: Indem wir Solidarität mit dem Volk in Nicaragua üben, kämpfen wir auch für das Recht unserer Völker, ihren Weg in Frieden selbst zu bestimmen.

(-/9.1.1984/ks/rs)

+ + +

